

Scharrer, Hans-Eckart

Article — Digitized Version

## Ernüchterung nach dem Referendum

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Scharrer, Hans-Eckart (1993) : Ernüchterung nach dem Referendum, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 73, Iss. 6, pp. 280-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137009>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

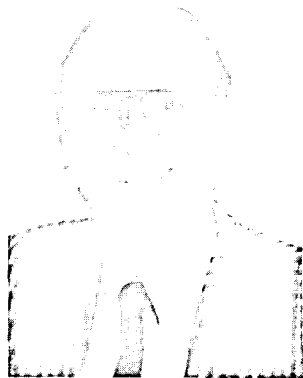
*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

**D**ie Annahme des Maastricht-Abkommens durch die dänischen Wähler am 18. Mai 1993 hat keine neue Europhorie ausgelöst: Das Referendum hat keine der Aufgaben gelöst, vor denen die Gemeinschaft derzeit und in Zukunft steht. Allerdings hat es den Weg dafür freigemacht, sich diesen Problemen jetzt politisch zuzuwenden. Die Ernüchterung nach einjähriger Besinnungspause sollte dazu beitragen, daß tragfähige Lösungen gefunden werden.

Eine Kernaufgabe ist die Sicherung von Wachstum und Beschäftigung in der Gemeinschaft. Seit Anfang der siebziger Jahre hat sich der Sockel der Arbeitslosigkeit in der EG von knapp drei auf neun Prozent (1988-1990) verdreifacht. In diesem Jahr dürfte die Quote 10½ bis 11 Prozent erreichen, wobei sieben der zwölf EG-Länder nahe oder oberhalb der 10-Prozent-Marke liegen. Zugleich hat der Binnenmarkt nicht den anhaltenden Investitions- und Wachstumsschub ausgelöst, der davon erhofft wurde: Nur in den Jahren 1987 bis 1989 kam es zu einer vorübergehenden Beschleunigung der wirtschaftlichen Expansion.

Dies mag unter anderem mit einem doppelten Konstruktionsfehler des Binnenmarktes zusammenhängen. Auf der einen Seite erfüllt der Rechtsrahmen nicht, was die Vokabel verspricht: Von einem „wirklichen“ Binnenmarkt nach dem Muster etwa der USA ist die EG noch weit entfernt. Auf der anderen Seite hat die Binnenmarktinitiative bei vielen Unternehmen und ihren Beschäftigten die Erwartung geweckt, künftig in einem von ausländischem Konkurrenzdruck abgeschirmten – wenn auch nicht geschlossenen – Markt operieren und dort sichere Renten abschöpfen zu können. Notwendige technologische und organisatorische Innovationen und Bereinigungen wurden deshalb unterlassen. So konnte sich die Rezession zu einer Strukturkrise auswachsen.

Inzwischen sind die Unternehmen dabei, Versäumtes nachzuholen,



Hans-Eckart Scharrer

## Ernüchterung nach dem Referendum

und es ist zu erwarten, daß sie – soweit sie überleben – gereinigt und gestärkt aus dem Fegefeuer hervorgehen. Ob dies für die europäische Wirtschaft insgesamt gilt, wird sich freilich erst noch zeigen müssen: Mit höheren Sozialkosten, wachsenden Staatsdefiziten und höheren Steuern wird sich die Qualität der Gemeinschaft im internationalen Standortwettbewerb jedenfalls nicht verbessern, werden neue Arbeitsplätze nicht dauerhaft geschaffen werden können.

Bei der Überwindung der Wachstumsschwäche in der EG ist deshalb eine Doppelstrategie aus Subsidiarität und gemeinschaftlicher Rahmensezung angesagt: Jeder Mitgliedstaat muß für sich die strukturellen Voraussetzungen für dauerhaftes Wachstum, hohe Beschäftigung und Strukturwandel schaffen. Ein einheitliches Rezept kann es dabei nicht geben, wohl aber können die Regierungen aus den Erfolgen und Fehlern ihrer Partner lernen. Die Gemeinschaft kann und sollte Rahmenbedingungen setzen, die die Erfolgsaussichten für die nationalen Initiativen verbessern: durch einen entschlossenen Abbau der Hürden im Binnenmarkt (Mehrwertsteuerregime); durch eine wirksame Beihilfenkontrolle; durch zügige Verhandlungen mit den Beitrittsländern und

eine konstruktive Handelspolitik gegenüber Mittel- und Osteuropa; durch eine aktive Politik zum erfolgreichen Abschluß der Uruguay-Runde des GATT; und durch einen stetigen Kurs in der gemeinschaftlichen Wechselkurspolitik (EWS).

Schädlich wäre es, bei Unternehmen und Arbeitnehmern die Erwartung zu wecken, die Gemeinschaft könne sich durch eine „aktive Handelspolitik“ aus dem internationalen Produkt- und Standortwettbewerb ausklinken. Dies kann allenfalls vorübergehend gelingen, wird mit nachlassender wirtschaftlicher Dynamik bezahlt und führt zu einem verstärkten Anpassungszwang in der Zukunft. Verfehlt wäre es auch, eine europäische Wachstumsinitiative vor allem auf zusätzliche Staatsausgaben zu stützen. Kontraproduktiv wäre es schließlich, den Schwerpunkt auf verteilungspolitische Maßnahmen und den Ausbau der „sozialen Dimension“ der Gemeinschaft zu legen. Es gilt, das Produkt selbst zu steigern. Hierbei ist Wettbewerb zwischen unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzeptionen nützlich.

Daß dieser Wettbewerb sich auch künftig in einem vorhersehbaren, mit Preisstabilität zu vereinbarenden monetären Rahmen vollzieht, dafür bietet die wachsende Unabhängigkeit der Zentralbanken eine gute Gewähr. Hier hat sich die Konkurrenz der Systeme bereits positiv ausgewirkt. Nun gilt es, den Beschlüssen von Kolding Taten folgen zu lassen und die wechselkurspolitische Kooperation wieder glaubwürdig zu machen. Weder das Festhalten an starren Leitkursen noch kompetitive Abwertungen sind auf die Dauer tragfähige ökonomische Strategien. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob nach den formellen auch die materiellen Voraussetzungen für die Währungsunion geschaffen werden können. Ohne monetäre Stabilität kann die Überwindung der Wachstumsschwäche, kann aber auch der Übergang zur Währungsunion nicht gelingen.